

Staatsanwalt will Akten vor Ort prüfen

Potsdam (sas) Die Staatsanwaltschaft Potsdam bezieht vorübergehend Diensträume im Finanzministerium, um ihre Voruntersuchungen zur Enteignung von Bodenreformland-Erben durchzuführen. Man habe das Angebot angenommen, sämtliche Akten zu dem Komplex im Ministerium einzusehen, sagte gestern ein Sprecher der Behörde.

Unterdessen hat die „Aktionsgemeinschaft Recht und Eigentum“ (ARE) ihre Forderung nach „strikter Einhaltung der Gewaltenteilung in Brandenburg“ erneuert. „Das Nichthandeln der Staatsanwaltschaft über eineinhalb Jahre nach unserer Anzeige muss Thema im Untersuchungsausschuss des Landtages sein“, so ARE-Chef Manfred Graf von Schwerin. Er hofft darauf, dass der Landtag zügig handelt „und nicht noch Wochen und Monate mit Formalien vertan werden“.

Hotline für Betroffene wird verstärkt

Für ARE-Anwalt Thorsten Purps sind indes die Bekundungen des Finanzministeriums zur Aufklärung der Affäre „nur eine Art Lippenbekenntnis“. Die Rückabwicklung der Enteignungen sei „keine Bringschuld der Erben, sondern eine Holschuld des Ministeriums“, stellt er klar.

Inzwischen hat das Land angekündigt, die Hotline für Betroffene – 0331 58181381 – verstärken zu wollen. Betroffene können sich mit ihren Nachfragen aber auch schriftlich an das Brandenburger Landesamt für Liegenschaften und Bauen, Zeppelinstraße 136, 14471 Potsdam wenden.